



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die erste Woche des Zollparlaments.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Revision der Akten bedürfen und auf die Nothwendigkeit einer solchen haben wir in diesen Blättern hinweisen wollen. Das neue Material, das Profesch zur Sache beigebracht hat, verlangt eine sorgfältige Vergleichung mit all den einzelnen Resultaten, welche bisher für festgestellt galten und wenn an dem Gang der Dinge, wie Gervinus ihn ausgezeichnet hat, auch im Großen und Ganzen wenig zu ändern sein wird, so dürften sich durch zahlreiche im Einzelnen anzunehmende Modificationen, Licht und Schatten an vielen Punkten anders stellen, als sie bisher angenommen worden.

Um auf den praktischen Gesichtspunkt, aus welchem wir die Geschichte des besprochenen Buches am Eingang dieses Berichtes betrachteten, noch einmal einzugehen, sei bemerkt, daß die apologetische Absicht, in welcher die Abfassung des vorliegenden Werkes ihrer Zeit unternommen worden, heut zu Tage und nach dem Erscheinen der Gervinusschen „Geschichte“ auf einen vollen Erfolg nicht mehr rechnen kann. Ganz abgesehen davon, daß die sittlichen und politischen Prämissen, von denen der Autor ausgeht, die Mehrzahl der Leser gegen sich haben werden, erscheint es wahrscheinlich, daß Gervinus' Darstellung und Auffassung schon um der großen Dienste, welche sie ihrer Zeit der Forschung erworben, die allgemein angenommene und normale, durch Hrn. v. Profesch bloß gelegentlich modificirte, bleiben wird. Das triviale Sprichwort, nach welchem, wer zuerst in die Mühle gelangt, den Vortheil der Priorität hat, behält auch in der Wissenschaft sein Recht. Nur eine Apologie der österreichischen Orientpolitik, welche zugleich vollständig neue Quellen erschloß, hätte darauf rechnen können, eine nachhaltige, wahrhaft politische Wirkung auf die große Menge der Menschen zu üben. Dieser Zeitpunkt und diese Gelegenheit sind verpaßt worden und so wird — wie wir glauben — Gervinus noch für lange die Präsümption überall für sich haben, wo er von dem Verfasser des vorliegenden Werkes nicht direct widerlegt wird.

Die erste Woche des Zollparlaments.

Berlin, 5. Mai.

Das Zollparlament hat es vertragsmäßig nur mit den materiellen Interessen der Nation zu thun. Daß es indessen gleichwohl nicht gewillt ist, sich lediglich als einen anders entstandenen, zahlreicheren, und öffentlich verhandelnden Nachfolger der weiland Generalzollconferenz aufzuführen, bewies es schon durch die Art und Weise, in welcher es sich der Geschäfte bemächtigte. Da die Mehrzahl der Mitglieder vom Reichstag legitimirt herüberkam, so wäre an sich nichts im Wege gewesen, sofort mit der eigentlichen Arbeit zu beginnen. Nachdem am Montag die Eröffnung, am Dienstag die Präsidentenwahl stattgefunden, hätte der Mittwoch bereits dem deutschen Volke seine Vertreter zeigen können, wie sie die Zollordnung Paragraphen für Paragraphen gleich fleißigen Obersteuerräthen durchnahmen. Statt dessen hat es damit bis Montag angestanden. Die ganze erste Woche ist der Orientirung und Sammlung der Parteien, kurz der politischen Nebenaufgabe des Parlaments gewidmet worden. Hierzu wirkten zusammen der Bundesrath, das Präsidium und das Haus selbst, diejenigen, welche um keinen Preis eine Kompetenzerweiterung oder irgend eine politische Verwerthung dieser Art von Nationalrepräsentation zulassen möchten, und jene andern, welche entschlossen sind, sie auf alle Weise auszuweiten.

Die bereits zum Reichstage versammelten norddeutschen Mitglieder des Zollparlaments sahen ihren süddeutschen Collegen selbstverständlich mit großer Spannung entgegen; zugleich aber mit der durch alle Fractionen gehenden Absicht, sie so rücksichtsvoll und zuvorkommend wie möglich zu empfangen. Weder in kleineren noch in größeren Kreisen gab es unter ihnen entfernt so etwas wie eine Verabredung, die Gelegenheit alsbald zu einer Ueberumpelung der süddeutschen Minderheit zu benutzen. Man war auf allen Seiten bereit, die Impulse zu nationalen Demonstrationen oder Forderungen erweiterter Einheit von den Süddeutschen selbst ausgehen zu lassen.

Eine so loyale Disposition scheinen die bairischen und württembergischen Abgeordneten schlechterdings nicht vorausgesetzt zu haben. In Blättern und Volksreden sind sie gewohnt vom Norden immer das Aergste für das Wahrscheinlichste zu halten. Instinctmäßig fühlen sie sich der Initiative in der nationalen Entwicklung bereits dermaßen beraubt, daß sie sich nichts anderes vorstellen konnten, als Bismarck mit den Nationalliberalen tückisch verschworen, das Zollparlament zum Grabe für die süddeutsche Freiheit, für das geliebte württembergische und bairische Sonderdasein zu machen.

So allein ist die verzweifelte Laune zu verstehen, mit welcher nicht allein Conservative wie der bairische Reichsrath v. Thüngen und der württembergische Exminister v. Neurath — dem die schwäbische Volkspartei den geflügelten Beinamen des „treuen“ gegeben hat —, sondern auch ihre liberalen Landsleute, wofern sie nur zugleich Particularisten sind, und selbst die demokratischen Württemberger sich alsbald nach ihrer Ankunft in Berlin in die Arme des ersten besten Bundesgenossen gegen den schrecklichen Nationalliberalismus, d. h. in die Arme der altpreussischen Conservativen geworfen haben. In diesen steckt bekanntlich noch immer ein erklecklicher Rest der alten Scheu vor einem gar zu engeren Verhältniß mit Süddeutschland; das zieht jetzt diejenigen Süddeutschen zu ihnen hin, welche das Gleiche in Bezug auf den norddeutschen Bund empfinden. Der preussische Junker und der württembergische Radicale sind sonst so ziemlich die entgegengesetzten äußersten Enden in einer vollzähligen Reihe deutscher politischer Charakterköpfe. Weßhalb anders will der letztere nichts von preussischer Führung, ja nachgerade nicht einmal mehr etwas von nationaler Einheit wissen, als weil er davon eine mehr oder minder weitgehende Herrschaft des preussischen Junkers besorgt? jenes nur halb germanischen, halb slavischen Wesens, das die Knute bei sich führt wie gefittete Leute den Spazierstock oder den Regenschirm, den Untergang der Leibeigenschaft noch nicht verschmerzt hat, und vor Begierde brennt, die gesegneten Fluren südlich vom Main entweder als Landrath zu tyrannisiren oder als Militärbefehlshaber auszuzusaugen? Und auf der anderen Seite, was hat die preussischen Conservativen zu heimlichen Anhängern der „Mainlinie“, ja in Tagen, die nicht mehr sind, zu schüchternen Advocaten einer Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oestreich gemacht, als daß ihnen die süddeutsche Demofratenwirthschaft ein Greuel war? Der derbe, pietätlose Freimuth, mit welchem man zwischen Wiesbaden und Karlsruhe von Fürsten und Pfaffen zu sprechen pflegt, die amerikänisch grellgefärbte Sprechweise württembergischer Kreuzerblätter, der politische und religiöse Radicalismus, welcher in Nürnberg und anderen fränkischen Städten zu Hause ist, ja zuletzt selbst einigermaßen der antilutherische Fanatismus Altbaierns — obgleich das noch der am wenigsten abschreckende Bestandtheil der Mischung war — ließ ihnen eine Ausdehnung der preussischen Eroberungen, moralischer wie militärischer auf den deutschen Südwesten in nichts weniger als verlockendem Lichte erscheinen. Ob der furchtlose Geist des Grafen Bismarck von dieser

Befangenheit ganz freigeblichen oder freigeworden ist? Leidenschaftlichen Antipathien zugänglich, hat er als parlamentarischer Anfänger die „Vertilgung der großen Städte vom Erdboden“, als angehender Diplomat die Abkehr von den der „süddeutschen Zuchtlosigkeit“ proclamirt — Gefühlsausbrüche, von denen er heute wahrscheinlich auch den letzteren schon desavouiren würde. Seine alten Parteigenossen ihrerseits aber wenden sich natürlich schwerer von den gemeinsam eingesogenen Vorurtheilen ab. Den trägeren Operationen ihres Gehirnes entspricht es, wenn sie ihrem Staate eine langsamere Verdauung zuschreiben, als er wirklich besitzt, und ihm daher für lange Zeit nicht mehr aufgeladen sehen möchten, als was er 1866 zu sich genommen hat. Daher sympathisiren sie augenblicklich wunderbar mit ihren ärgsten Gegnern, den fixen Objecten ihrer Antipathie, den süddeutschen Radicals und Preußenfressern; sie reichen diesen die Hand zum Bunde gegen die vorwärtsdrängende liberale Nationalpartei, welche doch im Grunde nichts will, als die heutigen ihr gegenüberstehenden Bundesgenossen noch inniger, umfassender und für immer zusammenschließen. Sie stellen jenes bekannte Lustspielmotiv dar, wo ein Benedict und eine Beatrice sich in verzweifelttem Humor gegen die beiderseitigen Angehörigen verbünden, welche aus ihnen durchaus ein Paar machen wollen. Wenn nur aus dem Abneigungsbunde selbst nicht am Ende ein Liebesbund wird!

Im Ernste übrigens zu sprechen: es hat vielleicht sein Gutes für die Beförderung des Einheitsprozesses, daß unklare und übertriebene Angst vor nationalliberalen Attentaten die Extreme veranlaßt hat, mit einander zu conspiriren. Sie müssen dabei doch gewahren, daß das Bild in vielem übertrieben war, welches sie sich von einander gemacht hatten. Wenn sie damit beginnen, sich im nationalen Parlament gegenseitig Hilfe zu leisten, wie kann denn da die Abneigung gegen so brave, bisher verkannte Leute fortfahren, sie gegen größere politische Solidarität der Nation einzunehmen? Dafür daß keins der vorübergehend verbündeten beiden Extreme dem ihm ausschließlich eigenthümlichen Theil seiner Ideale im Parlament nachjage, ist ja hinreichend gesorgt, eben durch die Existenz einer anders gesinnten Mittelpartei. Die Nationalliberalen sind zu liberal, um sich nicht gegen jedes Gelüst feudaler oder bureaukratischer Reaction zu stemmen, und wiederum zu gemäßigt-praktisch und positiv, um mit in das Horn zu stoßen, auf welchem der Radicalismus seine idyllischen Melodien bläst.

Schon bei der Präsidentenwahl am 28. April verrieth sich, daß ein gemeinsamer, starker und leidenschaftlicher Gegensatz augenblicklich die süddeutschen Widersacher der Nationalpartei mit den norddeutschen Gegnern des Liberalismus verbindet. Die ersten beiden Posten waren unbestritten; für den dritten stellten die Conservativen den Herzog von Ujest, die Nationalliberalen den Freiherrn v. Roggenbach auf. Funzig antipreußisch gesinnte Süddeutsche, welche in dem ersten Wahlgang für den Freiherrn v. Neurath gestimmt hatten, entschieden im zweiten für den Herzog von Ujest. Als Süddeutscher und als Liberaler mußte Frhr. v. Roggenbach ihnen genehmer sein; in Bezug auf preußische Führung stand ihnen der Herzog v. Ujest, der anerkannte Führer der Nationalconservativen (Freiconservativen), mindestens ebenso fern, wie der wahrhaft deutschgesinnte ehemalige Minister des Großherzogs von Baden. Allein dieser war fürs erste der Candidat der am meisten gehaßten, weil am meisten gefürchteten Nationalliberalen, und fürs zweite hatte er so zu sagen ein verführerisches individuelles Beispiel der Nachachtung von süddeutscher Selbstherrlichkeit und Sonderexistenz aufgestellt: — das entschied.

Die so eingeleiteten ersten Berührungen zwischen dem linken und dem rechten Flügel verstärkten sich, wie man weiß, während der ersten erregten Verhandlung des Hauses, der vom 1. Mai über die württembergischen Wahlen. Brauns lebhafter und scharfer Angriff auf Herrn v. Barmbüler ist vielfach selbst von seinen Parteigenossen mißverstanden worden. Man sah in ihm eine verfrühte, übel berechnete und unzulänglich substantiirte Herausforderung der Süddeutschen im allgemeinen oder mindestens der Mehrheit des süddeutschen Volks. In die Begrüßungsouverture des Gesamtorchesters brachte Braun allerdings die erste schneidende Dissonanz. Aber nicht aus Muthwillen. Er erhob sich überhaupt nicht sowohl kraft persönlichen Rechts, als im Auftrage der württembergischen „deutschen Partei“. Diese Partei, welche in allen Wahlbezirken den Kampf gegen ein mehr oder minder förmliches Bündniß der anderen Parteien geführt hatte, ohne in einem einzigen durchzubringen, für welche sich aber ein Fünftel bis ein Viertel sämmtlicher Wähler erklärt hat, und welche daher nach dem bekannten Hare-Mill'schen System auf vier Sitze im Parlament Anspruch gehabt haben würde, war nach den Eingeständnissen der ihr feindseligen Minister selbst nicht durchgängig mit geschlichen und reinen Waffen besiegt worden. Sie hatte also Anlaß und Recht, sich beschwerend an das Parlament zu wenden; im Parlament mußten unterrichtete Gesinnungsgenossen die Sache dieser nicht vertretenen, aber an dem großen allgemeinen Kampfe der Geister innerhalb der Nation so verdienstvoll beteiligten Partei zu der ihrigen machen. In soweit also war das Auftreten des Dr. Braun, dem von Stuttgart aus das nöthige Material hauptsächlich zugegangen war, vollkommen gerechtfertigt. Es war auch keine unnatürliche oder unedle Regung, wenn ein Patriot, der bis vor kurzem sich selber noch zu den „Süddeutschen“ zu rechnen gewohnt war, wiewohl er eine oder zwei Meilen nördlich vom Main wohnte, sich aufgelegt fühlte, die Veranlassung zu ergreifen, um die entstellte nationale Sache und eine unterlegene befreundete Partei an dem vielfältig aufs verlegendste hervorgetretenen Uebermuth der Sieger mitten auf der Stätte ihres Triumphes und ohne sie desselben erst froh werden zu lassen, zu rächen. Indessen ergab sich, daß für das Verständniß einer solchen Regung im Hause theils die württembergischen politischen Kämpfe viel zu wenig bekannt, theils der Wunsch herzlichen und rückhaltlosen Entgegenkommens noch zu frisch war. Die herrschende Stimmung ließ Brauns beredete Angriffe im Stich. Der auf ihn folgende Sprecher der Conservativen, Graf Bethusy-Huc, bedauerte den angeschlagenen Ton, ohne daß ihm Jemand widersprochen hätte. Der erste Vertheidiger der württembergischen Regierung und Volksmehrheit, Justizminister Mittnacht, trug mit seiner sehr gewandten und witzigen, wenn auch etwas sophistischen Antwort einen ausgeprägten parlamentarischen Erfolg davon, der seine entzückten Landsleute bis zu dem verpönten Händeklatschen fortriß, die preussischen Conservativen heiter und die Liberalen unbehaglich stimmte. Zum Glück verdarb hinterdrein Herr v. Barmbüler wieder, was sein milder namhafter Colleague gutgemacht hatte. Er sprach nervös erregt, mit schwankender Stimme; seine Wendungen waren nicht sonderlich gut oder gewählt; je länger er im Besiz der Tribüne blieb, desto verderblicher wurd ihm dieselbe, wie es bei dem Zusammentreffen von innerer Erregtheit und einem schlechten Bewußtsein zu geschehen pflegt. Als er ungroßmüthig genug war, seine abwesenden unterlegenen Gegner persönlich herabziehen zu wollen, und vollends als er mit der tactlosen Aufforderung schloß, die Liebe zu Württemberg auch als einen die Seele würdig beherrschenden Patriotismus zu achten, hatte er verloren, wofern nur ein halbwegs be-

fähigter Gegner kam, um den dargebotenen Gewinn einzustreichen. Dies that denn, da der Schluß der Verhandlung mit geringer Mehrheit verworfen wurde, Lasfer in einer seiner bestempfundenen, glänzendsten und erfolgreichsten Improvisationen. An diesem Tage zeigte sich, was einer Partei ein immer schlagfertiger und auf das Ohr des Hauses sicher rechnender Redner werth ist. Es zeigte sich freilich auch, was noch mehr bedeutet, daß das in der nationalliberalen Partei concentrirte patriotische Pathos bei ernstlichen Zusammenstößen jede Coalition der Extreme sicher ist zu überwältigen. Seinem Appell gehorchen dann die entsprechenden Gefühle selbst in mancher stramm conservativen Brust.

Sowie die Debatte danach verlaufen war, nahm sie sich wie eine ganz planmäßig geführte, geschickt angelegte Schlacht oder Jagd aus. Braun stöberte das Wild aus seiner Ruhe auf, und Lasfer erlegte es. Freilich hätten einige wenige Schlüsselhaber mehr dem Letzteren das Wort abschneiden können; dann hatte die nationale Partei eine Niederlage erlitten. Schon wegen der Rückwirkung auf die Bevölkerung Süddeutschlands, nun aber auch wegen der hier einmal herrschenden überaus versöhnlichen, man könnte fast sagen sentimentalischen Stimmung wäre es besser gewesen, nicht sofort anzugreifen, sondern mit höflichen Reizungen anzufangen, gefälligst herauszukommen und Farbe zu zeigen. Allerdings müssen die Elemente der großen einheitsfeindlichen und fortschrittswidrigen Partei veranlaßt werden, sich in ihrer wahren Gestalt zu zeigen. Sie vertragen sich gegenwärtig nur deshalb noch so gut, weil sie Larven vorhaben; man muß sie nöthigen sich zu demaskiren. Aber erst wenn volles Licht auf ihre Züge fällt, ist es Zeit, sie dem Publicum mit ihrem eigentlichen Namen vorzustellen. Nur wenn die süddeutschen Preußenfeinde selbst gewissermaßen die Angreifer sind, kann man sie in ihre Schranken weisen, ohne in der Masse der Wählerschaft daheim das sehr bereite Gefühl wachzurufen, sie seien beklagenswerthe Märtyrer einer Verbindung mit dem Norden, die auf das allerdürftigste Maß beschränkt bleiben müsse.

Die norddeutschen Parteien stehen vor dem Zollparlament gleichsam wie vor einer Sphinx, die sie nicht recht wagen zu einer klaren und entscheidenden Antwort herauszufordern. Die verschiedenen süddeutschen Parteien dagegen sind größtentheils mit schon fertigen Entschlüssen nach Berlin gekommen. Die Mehrheit der bairischen und württembergischen, die Minderheit der badischen Abgeordneten will, daß das Zollparlament sich streng und ängstlich an seine verragsmäßige Kompetenz halte; die Mehrheit der badischen und fast aller hessischen Abgeordneten legen im Gegentheil auf den Werth dieser Nationalrepräsentation als eines Mittels zur Erweiterung der deutschen Staatseinheit das Hauptgewicht. Zwischen beiden Seiten stehen die Mitglieder von der Farbe der bairischen Fortschrittspartei unentschieden in der Mitte, durch innerliche Uebereinstimmung zu Mez und Bluntschli gezogen, durch die Lage ihres Staats und namentlich durch Rücksicht auf die schwierige Stellung ihres Ministerpräsidenten, des wohlgefinnten Fürsten Hohenlohe, in der Nähe der Thüngen-Neurath'schen Fraction festgehalten.

Diesem Verhältniß entspricht es genau, daß die hessischen und badischen Liberalen im Schoße der (einstweilen noch nicht formell für das Zollparlament constituirten) nationalliberalen Partei einen Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König Wilhelm eingebracht, die bairischen Gesinnungsgenossen ihn ebendort bekämpft, die norddeutsche Mehrheit ihn schließlich angenommen, Mez und Bluntschli sammt ihren Landsleuten ihn ins Haus geworfen haben, unterstützt von der Masse der nationalliberalen Fraction. Es stimmt auf der anderen Seite ebensogut dazu, daß die süddeutschen Particularisten aller Far-

ben über den Antrag am liebsten einfach zur Tagesordnung übergangen. Aber ob eine solche Erstückung des unbefriedigten nationalen Bewußtseins nach dem Programm der conservativ-nationalen Norddeutschen den Interessen Preußens und folglich den Wünschen der Regierung entspricht, ist doch eine andere Frage. Natürlich wird Graf Bismarck nicht gegen seine Politik, wie sie im Augenblick nun eben steht, vorwärts gedrängt werden wollen; und insofern das Parlament ein so seiner Machtmittel ist, wird er auch nicht wünschen können, daß Forderungen von demselben ausgehen, die in leere Luft verhallen müssen. Allein etwas anderes sind formulirte Anträge auf Ausdehnung der Einheit in bestimmten Richtungen, etwas anderes feierliche Bekräftigungen des nach wie vor auf das Ganze gerichteten nationalen Dranges. Die letzteren müssen und können ihm stets willkommen sein. Würde in diesem Augenblicke der Präcedenzfall aufgestellt, daß das Zollparlament weiter nichts sei als eine Generalzollconferenz mit einer größeren Zahl von etwas anders ernannten Bevollmächtigten und mit geöffneten Thüren, daß es absolut kein Recht habe, sich auf das Feld der allgemeinen deutschen Politik zu begeben, daß ihm insbesondere auch ein näheres, in Adressen und dergleichen zu bekundendes Verhältniß zu dem königlichen Haupte Norddeutschlands und des Zollbundes abgehe, so wäre das für den Grafen Bismarck gleichbedeutend mit der Zerstörung einer unschätzbaren, wenn auch für die nächste Zeit vielleicht noch nicht in Anspruch zu nehmenden Hilfskraft. Dazu stillzuschweigen wird keine Rücksicht auf die precäre Stellung des bairischen oder die heuchlerische Fügsamkeit des württembergischen Premiers, am wenigsten ein Blick auf die europäische Lage ihn vermögen dürfen.

Für die Zukunft ist, daß die Aufstellung eines solchen Präcedenzfalles vermieden werde, die Hauptsache. Für den Augenblick kommt es darauf an, die wirkliche Stellung der Einzelnen und der sie zusammenfassenden Parteilgruppen zu der die Zeit beherrschenden Frage der Nationaleinheit von Hüllen und Masken zu befreien. Das wird die auf morgen angesetzte Adreßdebatte hoffentlich leisten. Mehr braucht sie nicht. Insbesondere ist es im hohen Grade gleichgiltig, ob jene nationalpolitische Competenz des Parlaments, diese Klärung der Positionen vorgenommen werde in einer Verhandlung, welche ein wirklicher Adreßbeschluß, oder in einer solchen, welche ein motivirter Uebergang zur Tagesordnung abschließt.

Was auch das äußerliche Ergebniß der bevorstehenden Verhandlung sein mag, sie wird auf jeden Fall das ihrige dazu beitragen, daß schon aus dieser Session des Parlaments werthvolle Keime nationaler Gesamtparteien hervorgehen, was zu den wichtigsten und unentbehrlichsten Vorarbeiten für den noch übrigen Rest der Einheitsaufgabe gehört, zumal auch die entschlossensten Gegner sich der Versuchung, daran mitzuarbeiten, nicht leicht entziehen können. Preussische Reactionäre träumen mit bairischen und württembergischen von der Solidarität der conservativen Interessen; norddeutsche Ultramontane reichen süddeutschen auf dem noch ungewohnten Pflaster der Hauptstadt von Deutschland hilfsreich die Bruderhand; schwäbische, sächsische und mecklenburgische Radicale formiren sich zu einer gemeinsamen Opposition gegen den vorwärtsreisenden gewaltigen Zug der Zeit, der selbst die Widerstrebenden im Innersten beherrscht.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.